

20 JAHRE NACH ZWENTENDORF ¹⁾

Österreichs Einstieg ins Atomzeitalter wurde mit dem Bau des Reaktorzentrums Seibersdorf Ende der Fünfzigerjahre eingeleitet. Jedes Land, das etwas auf sich hielt, wandte sich der „Zukunftstechnik“ Atomenergie zu. Die Entscheidung, in Österreich Atomkraftwerke zu bauen, wurde von der damals allein regierenden ÖVP auf Betreiben einiger Landeshauptleute gefällt, da Landes-EVU massives Interesse daran hatten. Die SPÖ-dominierte Verbundgesellschaft, die auf die Wasserkraft konzentriert war, widersetzte sich diesem Plan zunächst, gab aber dann unter Druck nach.

Ende der Sechzigerjahre wurde in Wien die Kernkraftwerks-Planungsgesellschaft gegründet. Das geplante österreichische Atomprogramm stieß in der Öffentlichkeit zunächst auf wenig Skepsis. Eine der ganz frühen kritischen Stellungnahmen war ein von DDr. Rudolf Drobil verfaßtes „Ärztememorandum“, das von der Niederösterreichischen Ärztekammer zunächst verabschiedet, auf Druck einiger prominenter Mitglieder aber widerrufen wurde. Damals arbeitete ich noch im Reaktorzentrum Seibersdorf und hatte einigen Einblick in den sorglosen Umgang mit radioaktivem Material. 1969 schrieb ich meinen ersten Aufsatz gegen die Atomkraft und bekam kurz darauf Kontakt mit der kleinen Anti-AKW-Szene.

1972 begann der Bau des KKW Zwentendorf, bald nach einer Kundgebung auf dem Bauplatz, an der rund ein Dutzend Leute teilgenommen hatten. In dieser Zeit war es wichtig, in öffentlichen Diskussionen den Glauben in die Verheißungen der Pro-Experten zu erschüttern. Lebhaft waren 1974 die Auseinandersetzungen um das zweite AKW, das in Stein / St. Pantaleon nahe Enns im Frühjahr 1975 hätte in Bau gehen sollen. Der Baubeginn wurde aber verschoben, weil der Elektrizitätsverbrauch langsamer zunahm, als prognostiziert und zweitens wohl auch wegen der heftigen Proteste. Jetzt konzentrierte sich die immer selbstbewußter werdende Bewegung ganz auf das AKW Zwentendorf. Erwähnenswert ist, daß zu jener Zeit die Bewegung vorwiegend aus Menschen bestand, die man eher dem konservativen Lager zuzählen konnte. Tonangebend waren Vereine wie der Österreichische Naturschutzbund und der von Günter Schwab gegründete Weltbund zum Schutze des Lebens. Noch wenige Jahre zuvor hatten prominente Naturschützer in der Atomkraft eine akzeptable Alternative zu den landschaftszerstörenden Wasserkraftwerken gesehen. 1974 war der Naturschutztag dem Thema Energie und Ökologie gewidmet und der Atomkraft wurde eine klare Absage erteilt. Schon damals legte der ÖNB mit seinem Manifest die Konzeption einer zukunftsverträglichen Energiepolitik modernen Zuschnitts vor.

Die Auseinandersetzung wurde intensiver, die Anti-AKW-Bewegung wurde immer bunter, was sich insbesondere bei den Kundgebungen und Demos zeigte, die auch von Liedermachern belebt wurden. Es entstanden ständig neue Initiativen: Ärzte-, Krankenschwestern-, Physiker-, Gewerkschafter-, Sozialisten-gegen-AKW und viele andere. Vor allem die Jugend begann sich für das Thema einzusetzen. Aus einem Arbeitskreis von Biologiestudenten entstand die basisdemokratisch organisierte Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG), die wesentliche Arbeit leistete. Wichtig waren auch die Jugendorganisationen der SPÖ und der ÖVP, die sich gegen die massive Pro-Position ihrer Parteien deklarierten und kleine Gewerkschaftsfraktionen im Widerspruch zum ÖGB. Der schwarze NÖ Landeshauptmann Ludwig Maurer, ein unentwegter Propagandist der Atomkraft geriet zunehmend in Schwierigkeiten, denn im Waldviertel entstand eine vehemente Gegnerschaft, als die Gegend um Göpfritz bzw. Allentsteig als Ort der Endlagerung der radioaktiven Abfälle auserkoren wurde. So trat er für einen Export der Abfälle ein: „... möglichst weit weg ... in den Iran ... oder die Antarktis ...“ In Vorarlberg

¹ Dieser Beitrag ist ein persönlicher knapper Rückblick von Peter Weish.

formierte sich eine starke Bewegung gegen das AKW Rütli, das in der Schweiz, hart an der Grenze zum „Ländle“ geplant war. Die Vorarlberger, nicht zuletzt mit ihrer Tageszeitung, den VN, spielten eine wichtige Rolle in der Arbeit gegen das österreichische Atomprogramm.

Die SPÖ Alleinregierung unter Kreisky geriet zunehmend in Schwierigkeiten. Das war der Grund, eine „Regierungskampagne Kernenergie“ zu starten, rückblickend eine vorbildliche Aktion. Man ersuchte das Institut für Umweltwissenschaften und Naturschutz (Lötsch, Weish, Gruber) um eine Liste von Fragen, die vor der Inbetriebnahme des AKW zu klären seien. Diese (über 100) z.T. höchst kniffligen Fragen wurden in 10 Themenbereiche aufgeteilt und jeweils Arbeitsgruppen zugeteilt, die paritätisch mit befürwortenden und kritischen Fachleuten besetzt waren. Nach einigen internen Arbeitssitzungen fanden dann große öffentliche Podiumsdiskussionen in den Landeshauptstädten statt. Die Kampagne hatte vorwiegend der Zweck, aufzuzeigen, daß die Materie nur auf fachlicher Ebene sinnvoll zu behandeln sei und man Entscheidungen daher den Experten überlassen solle. Es lief aber ganz anders. Bei der Eröffnungsveranstaltung an der TU Wien trat zum ersten mal die „linke Szene“ massiv in Erscheinung und manche Aussagen von AKW-Befürwortern gingen in Buh-Rufen unter. Für die großen Tageszeitungen, die bis dahin das Thema Atomkraft als ein zu „heiβes Eisen“ gemieden hatten, war die kontroverse Diskussion unter Experten ein Startsignal, sich in das Thema einzuschalten. Es entstand damit eine ganz neue Qualität der Atomkontroverse und die vielen Probleme und Risiken wurden von da an in den Massenmedien thematisiert, wenn auch überwiegend pro Kernenergie. Im Kreise der Gegner wurde die Forderungen nach einer Volksabstimmung diskutiert. Skeptiker meinten, das Ergebnis würde eine klare Niederlage sein, ich selbst trat jedoch entschieden dafür ein, denn erstens gäbe es keine Alternative zu einem Volksentscheid, wenn man die Kompetenz der Regierung zu einer so folgenschweren Entscheidung in Frage stellt, und zweitens wäre eine Volksabstimmung schon ein großartiger Teilerfolg, der die Bewegung zu höchstem Einsatz verpflichten würde.

Im Frühjahr 1978 fand ein Parlamentshearing statt, in dem auch kritische Fachleute zu Wort kamen und wo es gelegentlich turbulent zuing. Man gewährte den kritischen Experten keinen Einblick in die Gutachten zum AKW und nach einem diesbezüglichen Vorwurf wies man einem davon (P.W.) die Tür. Erst dieser Eklat – es kam aber nicht zum Verlassen des Ausschusses – wurde eine Offenlegung der Gutachten zugestanden. Am nächsten Tag stellte sich dann heraus, daß ein radioökologisches Gutachten – wie es zur Ermittlung der Strahlenbelastung der Bevölkerung durch den Normalbetrieb unumgänglich ist – überhaupt fehlte.

Einzig politische Partei mit klar ablehnendem Votum zur Atomkraft war die FPÖ, die ein Energiekonzept ohne AKW ausgearbeitet hatte. Diese Haltung der Opposition veranlaßte die ÖVP zu einem grotesken „Eiertanz“. Von Anfang an entscheidend pro Atomkraft, wollte sie aber die Lorbeeren der AKW-Kritik nicht der kleinen Oppositionspartei der Freiheitlichen zufallen lassen. Ihre Haltung: Ja zur Atomkraft, aber bei Zwentendorf müsse Sicherheit Vorrang haben, unterschied sich kaum von der Position der SPÖ. Mittlerweile waren die Berichte der 10 Arbeitsgruppen und ein Zusammenfassender Bericht der Informationskampagne Kernenergie gedruckt. Die Arbeitsgruppenberichte enthielten die kontroversielle Auseinandersetzung. Der „zusammenfassende“ Endbericht, den der Chefredakteur der Arbeiterzeitung (Katscher) verfaßte, war ein reines Propagendamachwerk. Gerade dieser Bericht war Grundlage der Parlamentsberatung. Er wurde – wen wundert es – von der Regierung beschlossen. Was mich damals zu der Bemerkung veranlaßte: „An der Regierung ist ihre eigene Informationskampagne Kernenergie spurlos vorübergegangen.“

Schon damals, beim AKW Zwentendorf kam die „normative Macht des Faktischen“ zum Tragen und eines der wirksamsten Pro-Argumente war: „Wir können es uns nicht leisten, ein modernes, fertig gebautes Werk nicht in Betrieb zu nehmen.“ Gegner zeigten die Parallele zur Bombe auf,

indem sie an Präsident Truman erinnerten, der auf die Frage, warum er den Befehl zum Abwurf der Atombomben auf Japan gegeben habe, geantwortet hatte: „Wir konnten es uns nicht leisten, eine Waffe, deren Entwicklung 2 Milliarden Dollar gekostet hat, nicht einzusetzen!“

Am 7. Juli 1978 beschloß der Nationalrat ein „Bundesgesetz zur friedlichen Nutzung der Kernenergie“ (Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf) und bestimmte gleichzeitig, am 5. November des selben Jahres eine Volksabstimmung darüber abzuhalten. Die Regierung rechnete auf Grund von Umfragen fest mit einem Ja-Ergebnis. Unter großem Zeitdruck wurde die ARGE Nein zu Zwentendorf gegründet, als Gegenstück zur IÖAG.

In der Zeit vor der Zwentendorf-Abstimmung wurde von seiten der Gegner oft die Forderung vorgebracht, es müsse auch in finanzieller Hinsicht zumindest einigermaßen Chancengleichheit hergestellt werden. Auf der Seite der Befürworter waren finanzstarke Organisationen, von den Großparteien über Gewerkschaft, Industriellenvereinigung, und die E-Wirtschaft, die 2-stellige Millionenbeträge in die Propagandaschlacht investierten. Die Gegner hatten so gut wie keine finanziellen Ressourcen. Eines Tages erhielt ich einen Anruf aus dem Bundeskanzleramt. Ein Beamter eröffnete mir, es stünde eine Förderung der Anti-Atombewegung vor der Volksabstimmung zur Verfügung. Allerdings unter zwei Bedingungen: Erstens sollte diese Förderung nicht an die große Glocke gehängt werden, und zweitens sollte das Geld gerecht in der Bewegung verteilt werden. Ich gab dem Anrufer zu verstehen, daß die Einhaltung dieser beiden Punkte nicht allzu schwer sein würde und fragte dann nach der Größenordnung der in Aussicht stehenden Summe. Die Antwort war: „Zehntausend Schilling“ (es war kein Scherz!). Ohne Nachdenkpause konnte ich dem Anrufer die verbindliche Antwort geben, sicher zu sein, im Namen der gesamten Bewegung zu sprechen, wenn ich dankend auf ein solches Angebot verzichte und daß wir uns lieber weiterhin selbstbewußt als nicht gefördert ansehen würden. Die Arbeit der AKW-Gegner lief vorwiegend im Bereich kleiner Diskussionsveranstaltungen, nach denen rege Nachfrage bestand, so daß manche Aktivisten monatelang keinen freien Abend hatten. Viel Information wurde auf der Ebene persönlicher Kommunikation geleistet und so entstand ein gewisser „Schneeballeffekt.“

Die Aktivisten nahmen den Wettlauf mit der Zeit auf und schafften eine dünne Mehrheit von rund 50,5 % der abgegebenen Stimmen. Rund 20.000 Stimmen gaben den Ausschlag. Die AKW-Gegner waren voller Freude über den großartigen Erfolg. Besonders erfreulich war die Einsicht nach diesem knappen Ergebnis, daß jeder einzelne Beitrag von Aktivisten für den Ausgang der Volksabstimmung notwendig gewesen war, kein Flugblatt, keine Diskussion hätte unterlassen werden dürfen. Es war ein Sieg der geeinten Basis über das wirtschaftlich-politische Establishment.

Die Regierung war demokratisch genug, nach dem Volksentscheid, noch im Dezember 1978 das sogenannte Atomsperrgesetz zu beschließen. Damit wurden Österreich von einem der letzten Industrieländer ohne Atomkraft zum ersten Industrieland ohne Atomkraft.

Man hört sehr oft die Ansicht, das Nein der Zwentendorf-Abstimmung sei ein Votum gegen Kreisky gewesen nur deswegen zustande gekommen, weil Bundeskanzler Kreisky für einen solchen Ausgang seinen Rücktritt in Aussicht gestellt habe. Diese Ansicht ist verständlich, weil fast jeder, der in seinem Bekanntenkreis ÖVP- oder FPÖ-Mitglieder bzw. Sympathisanten hatte, die Erfahrung machte, daß der eine oder andere meinte, er wäre zwar für Zwentendorf gewesen, hätte aber mit Nein gestimmt, um Kreisky eins auszuwischen.

Es gibt aber massive Gründe gegen diese These, daß Kreisky mit seinem persönlichen Eintreten die Volksabstimmung zu einem Nein-Ergebnis geführt habe. Erstens ist diese Rücktrittsankündigung eher von den Medien erfunden worden. In einem entsprechenden Interview, wo er sich vehement für Zwentendorf ausgesprochen hatte und erklärte, daß ein Ja für Zwentendorf für die

SPÖ eine ganz wichtige Sache sei, fragte der Reporter, ob im Falle eines Nein er zurücktreten würde. Kreisky brummte etwas Undeutliches in seinen damals noch nicht vorhandenen Bart, das dann in den Medien als Ja ausgelegt wurde. Tatsächlich aber hat er es nie in aller Deutlichkeit gesagt. Die SPÖ und auch Kreisky persönlich haben vor der Volksabstimmung ganz massiv dafür Druck gemacht. Damals war noch die Zeit, wo die Sozialistische Partei in der Lage war, vor Wahlen ihre Basiswähler zu mobilisieren. Das hat sie immer sehr gut beherrscht. Vor der Volksabstimmung gab es Großveranstaltungen, an denen Tausende SPÖ-Funktionäre auf den Pro-Zwentendorf-Kurs eingeschworen wurden und außerdem hat man ihnen Argumentationsmaterial ausgehändigt. Diese massive Mobilisierung ihrer Basiswähler seitens der SPÖ war deswegen wichtig, weil sonst die Wahlbeteiligung sehr gering gewesen wäre. Man hörte damals von sehr vielen Leuten, es sei eine Zumutung, zuerst ein solches Milliarden Ding zu bauen und dann die Leute zu fragen, ob man es in Betrieb nehmen solle. Ich erinnere mich noch an eine große Podiumsdiskussion in dieser Zeit, in der Linzer Sporthalle, die einige Tausend Sitze hatte. Am Podium waren Kreisky, der zuständige Minister Staribacher, Landeshauptmann Wenzel, der Direktor der Kernkraftwerksplanungsgesellschaft Dr. Held und ich. Wir hatten gewußt, daß mehr als die Hälfte der Karten an VOEST-Arbeiter verteilt worden waren und rechneten mit einer massiven Pro-Zwentendorf-Stimmung. Überraschenderweise war jedoch der Saal halb leer, und die Stimmung war gar nicht so sehr gegen uns. Erfahrungen dieser Art signalisierten natürlich der SPÖ-Führungsschicht, daß die aktive Beteiligung seitens ihrer Stammwähler nicht sehr groß sein würde und deswegen unternahmen sie große Anstrengungen zu Mobilisierung ihres Wählerpotentials. Daß eine solche Mobilisierungskampagne natürlich auch bis zu einem gewissen Grad kontraproduktiv ist, ist völlig klar und daher die Meinung in Kreisen der Oppositionsparteien, daß die Deklaration Kreiskys für Zwentendorf sich negativ auf das Ergebnis der Volksabstimmung ausgewirkt habe. Die Mobilisierung der sozialistischen Basiswähler hat sich auch im Abstimmungsergebnis gezeigt. Ja-Mehrheiten waren nur in den starken SPÖ-Regionen Burgenland oder Kärnten, jedenfalls in Industriegebieten, wo die Anti-Atom-Diskussion nur unzureichend gelaufen war. Hätte die SPÖ ein Ja zur Atomkraft nicht so stark zu ihrem Anliegen gemacht, wäre es ähnlich gegangen wie bei dieser Diskussion in Linz. Die Leute wären einfach nicht hingegangen. Und vor allen Dingen hätten die engagierten Gegner dominiert. Ein weiterer wesentlicher Grund spricht auch gegen diese These: wenige Monate nach dem Nein zu Zwentendorf feierte Bruno Kreisky bei den Nationalratswahlen den größten Erfolg seiner persönlichen Karriere. Wäre das Zwentendorf-Nein ein Nein zu Kreisky gewesen, dann hätte er nicht diesen Erfolg haben können. Der Kanzler war trotzdem vom Referendum enttäuscht. Noch lange Zeit später sprach er davon, daß die Volksabstimmung „schlecht ausgegangen“ sei.

Es war als erster der Wiener Bürgermeister Leopold Gratz, der im April 1979, anlässlich des Unfalls von Three Mile Island meinte, das Volk habe offenbar doch richtig entschieden.

Der gesellschaftspolitische Lernprozeß in der AKW-Bewegung hat viel zu Mündigkeit und Selbstbewußtsein beigetragen und gezeigt, daß das Verbindende wichtiger als das Trennende ist; künstlich geschaffene ideologische Gräben wurden überwunden, die „Konservativen“ hatten eine Menge von den „Linken“ gelernt und umgekehrt (Die Hainburg-Bewegung 1984 wäre ohne Die Zwentendorf-Aktivitäten nicht möglich gewesen). So eindrucksvoll das Nein zur offiziellen Energiepolitik auch gewesen war, die geforderte alternative Energiepolitik ist ausgeblieben. Statt dem AKW Zwentendorf wurde das Kohlekraftwerk Dürnrohr gebaut.

Die unentwegten Atomfreunde ließen nicht locker: 1980 organisierten sie ein Volksbegehren für die Inbetriebnahme des AKW, das aber nichts am Sperrgesetz änderte. Erst die Katastrophe von Tschernobyl brachte das endgültige „aus“ für die Atomkraft in Österreich. Der Druck der Bevölkerung auf die Politik hatte 1990 erste erkennbare Auswirkungen auf die Politik. Der Bundes-

kanzler installierte ein überwiegend kritisches Beratungsgremium (das Forum für Atomfragen) und die Umweltministerin begann die Anti-AKW-Bewegung finanziell in ihren Bemühungen zu fördern, Atomanlagen in den Nachbarländern zu verhindern.